

THE "SASKATCHEWAN COURIER" is the largest German newspaper published in Western Canada. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price \$1.00 in advance. P. O. Drawer 165. Telephone

1835 Halifax Strasse

Organ der Deutschen in West Canada

1835 Halifax Street

7. Jahrgang

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 17. Juni 1914

No. 33

Neues Naturalisationsgesetz

Fürsorge der Konservativen Partei für die armen Ausländer und Heimstätten

Zur Warnung der Deutschen im Wahlkreis North Du'Appelle

Ausländer können jetzt erst nach 5 Jahren das Bürgerrecht erlangen. — Wären hinreichende Kenntnisse der englischen oder französischen Sprache. — Kandidaten müssen ihr Gesuch um das Bürgerrecht persönlich einem Richter überreichen. — Staatssekretär in Ottawa erhält das Recht irgend ein Geschick abzulehnen ohne irgendwelche Gründe anzugeben.

Mit großem Trompetenschmetter tönen diese biederer, die Deutschen und Ausländer liebende konservativen Partei zur Zeit einer Wahl hat, wenn es sich darum handelt, den vielen im Westen wohnenden liberalen, deutschen Einwanderern das Bürgerrecht zu geben. Diese Partei leicht können dem Staatssekretär von mancherlei Seite Informationen zugeschoben werden, daß der und der Kandidat ein Gegner der regierenden Partei ist und dann werden ihm die Papiere verweigert. Sir Wilfrid Laurier zeigte denn auch bei den Beratungen und wies auf die Unzulässigkeit der Bestimmungen der Vorlage hin, leider ohne Erfolg.

Tausende von Einwanderern kommen alljährlich nach Canada, um hier ihr Heim zu gründen, und canadische Bürger zu werden. Man legt ihnen allerlei Pflichten auf, will ihnen jedoch nicht die Rechte freier Bürger geben; man lacht sie nachher zu drangsalieren, man will sie auf einmal so schnell wie möglich veranlagern, Deutsche, es ist ein Unrecht, daß man dem Staatssekretär solche Machtbefugnisse überträgt, nicht er, sondern die Richter sollten die Macht haben, die Verheirathungen der Bürgerpapiere auszusprechen.

Es wäre viel richtiger, wenn man dem Heimstätten nach 3 Jahren ein Patent gibt und seine Bürgerpapiere unterbreiten erst nach 5 Jahren oder daß ein Ausländer nach dreijährigem Aufenthalt in Canada ein natürliches Bürgerrecht erlangt. Man hat in Canada nur vor einem Citizenship Commissioner die Erklärung abzugeben, daß er drei Jahre im Lande ist und es wurden ihm auf diese Aussage hin die Bürgerpapiere ausgestellt. Nach der neuen Vorlage muß ein Ausländer vor einem Richter in Begleitung von gewissen Zeugen erscheinen und wird auf das Strengste vernommen. Diese Art von Verdör ist natürlich mit großen Schwierigkeiten verbunden und weil der Kandidat nicht nur große Entfernungen zu den Sitzungen der Richter zurücklegen, sondern auch noch seine Zeugen beschaffen muß.

Außerdem muß ein Ausländer vor einer Prüfungskommission den Beweis erbringen, daß er hinreichende Kenntnisse in der englischen oder französischen Sprache besitzt. Wenn ein guter fleißiger, tüchtiger und arbeitsamer deutscher Heimstätten sich also 5 Jahre auf seiner Heimstätte abgemüht hat und sein Patent erhalten will, so muß er dem Richter außerdem die Beweise erbringen, daß er eine von den beiden erwähnten Sprachen beherrscht, sonst wird der Richter keine Applikation bei dem Staatssekretär in Ottawa nicht befürworten.

Ein jeder unserer Leser sieht wohl ein welche Machtbefugnisse ein Richter hat und welche Schwierigkeiten unseren deutschen Vandalen in Zukunft bevorstehen.

Diese Will hat es auf die Ausländer abgesehen und ist nicht weiter als ein politischer Wadlkniff der konservativen Partei in Ottawa, von den Richtern geht dann die Applikation an den Staatssekretär in Ottawa, welchem die entgeltliche Entscheidung, die Bürgerpapiere auszustellen, vorbehalten ist, und diesem Autokraten steht es frei, die Ausstellung zu verhindern, er braucht nicht einmal Gründe anzugeben warum das Bürgerrecht nicht gewährt werden ist, ja man kann nicht einmal gegen dessen Entscheidung appellieren.

Unsere deutschen Wähler können sich deutlich vorstellen, welche autokratische

gewalt diese biederer, die Deutschen und Ausländer liebende konservativen Partei zur Zeit einer Wahl hat, wenn es sich darum handelt, den vielen im Westen wohnenden liberalen, deutschen Einwanderern das Bürgerrecht zu geben. Diese Partei leicht können dem Staatssekretär von mancherlei Seite Informationen zugeschoben werden, daß der und der Kandidat ein Gegner der regierenden Partei ist und dann werden ihm die Papiere verweigert. Sir Wilfrid Laurier zeigte denn auch bei den Beratungen und wies auf die Unzulässigkeit der Bestimmungen der Vorlage hin, leider ohne Erfolg.

Tausende von Einwanderern kommen alljährlich nach Canada, um hier ihr Heim zu gründen, und canadische Bürger zu werden. Man legt ihnen allerlei Pflichten auf, will ihnen jedoch nicht die Rechte freier Bürger geben; man lacht sie nachher zu drangsalieren, man will sie auf einmal so schnell wie möglich veranlagern, Deutsche, es ist ein Unrecht, daß man dem Staatssekretär solche Machtbefugnisse überträgt, nicht er, sondern die Richter sollten die Macht haben, die Verheirathungen der Bürgerpapiere auszusprechen.

Es wäre viel richtiger, wenn man dem Heimstätten nach 3 Jahren ein Patent gibt und seine Bürgerpapiere unterbreiten erst nach 5 Jahren oder daß ein Ausländer nach dreijährigem Aufenthalt in Canada ein natürliches Bürgerrecht erlangt. Man hat in Canada nur vor einem Citizenship Commissioner die Erklärung abzugeben, daß er drei Jahre im Lande ist und es wurden ihm auf diese Aussage hin die Bürgerpapiere ausgestellt. Nach der neuen Vorlage muß ein Ausländer vor einem Richter in Begleitung von gewissen Zeugen erscheinen und wird auf das Strengste vernommen. Diese Art von Verdör ist natürlich mit großen Schwierigkeiten verbunden und weil der Kandidat nicht nur große Entfernungen zu den Sitzungen der Richter zurücklegen, sondern auch noch seine Zeugen beschaffen muß.

Außerdem muß ein Ausländer vor einer Prüfungskommission den Beweis erbringen, daß er hinreichende Kenntnisse in der englischen oder französischen Sprache besitzt. Wenn ein guter fleißiger, tüchtiger und arbeitsamer deutscher Heimstätten sich also 5 Jahre auf seiner Heimstätte abgemüht hat und sein Patent erhalten will, so muß er dem Richter außerdem die Beweise erbringen, daß er eine von den beiden erwähnten Sprachen beherrscht, sonst wird der Richter keine Applikation bei dem Staatssekretär in Ottawa nicht befürworten.

Ein jeder unserer Leser sieht wohl ein welche Machtbefugnisse ein Richter hat und welche Schwierigkeiten unseren deutschen Vandalen in Zukunft bevorstehen.

Diese Will hat es auf die Ausländer abgesehen und ist nicht weiter als ein politischer Wadlkniff der konservativen Partei in Ottawa, von den Richtern geht dann die Applikation an den Staatssekretär in Ottawa, welchem die entgeltliche Entscheidung, die Bürgerpapiere auszustellen, vorbehalten ist, und diesem Autokraten steht es frei, die Ausstellung zu verhindern, er braucht nicht einmal Gründe anzugeben warum das Bürgerrecht nicht gewährt werden ist, ja man kann nicht einmal gegen dessen Entscheidung appellieren.

Unsere deutschen Wähler können sich deutlich vorstellen, welche autokratische

gewalt diese biederer, die Deutschen und Ausländer liebende konservativen Partei zur Zeit einer Wahl hat, wenn es sich darum handelt, den vielen im Westen wohnenden liberalen, deutschen Einwanderern das Bürgerrecht zu geben. Diese Partei leicht können dem Staatssekretär von mancherlei Seite Informationen zugeschoben werden, daß der und der Kandidat ein Gegner der regierenden Partei ist und dann werden ihm die Papiere verweigert. Sir Wilfrid Laurier zeigte denn auch bei den Beratungen und wies auf die Unzulässigkeit der Bestimmungen der Vorlage hin, leider ohne Erfolg.

Neue Dreadnoughts

Serfärkung der österreichischen Flotte. Kanzerien sollen im Herbst auf Kiel gelegt werden.

Neue ungarische Partei

Radikale Partei verlangt Säkularisierung der Kirchengüter und Unterrichts-Berwerflichung.

Wien. — Anlässlich wird für den Herbst die Kiellegung von vier Dreadnoughts in Aussicht gestellt. Diese Bestimmung ist um so bedeutsamer, als mit Bestimmtheit angenommen wird, daß bei dem Besuch Kaiser Wilhelms am Schloß Monoplist in Vösendorf beim Erzherzog, Thronfolger Franz Ferdinand die Marine-Politik der beiden verbündeten Mächte zur Sprache gekommen ist.

Diese Politik geht dahin, durch den Ausbau der Kriegsmarine beider Länder ein Gegengewicht des Dreiecks gegen die maritimen Kräfte des Dreiecks zu schaffen. Durch den Beschluß, vier neue Dreadnoughts bereits im nächsten Herbst auf Kiel zu legen, hat die österreichische Marineverwaltung in Verfolgung jener Politik die Initiative ergriffen.

Zu der Besprechung auf Schloß Monoplist wurde auch Großadmiral von Trepitz, der Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamts, hinzugezogen.

Denkmal für Erfinder des Copernicus. In böhmischen Anort Pragnitz ist anlässlich des dort tagenden Esperantisten-Kongresses das erste Denkmal für den Erfinder der Weltsprache, den Warschauer Augenarzt Dr. Lazarus Ludwik Zamenhof, in Gegenwart des Gelehrten enthüllt worden.

Dr. Zamenhof ist nahezu 75 Jahre alt, befindet aber noch regelmäßig in für ihn erreichbare Nähe statten. Den ersten Keim der Erfindung seiner Weltsprache, die heute in allen Kulturländern Anhänger und bereits eine eigene Literatur besitzt, veranlaßte Dr. Zamenhof im Jahre 1887.

Neue ungarische Partei. Budapest. — Im vielversprechendsten politischen Betrieb Ungarns ist eine neue Partei entstanden. Sie nennt sich die Radikalpartei und hat bereits ein Programm formuliert, mit dem sie jetzt in den politischen Kampf eintritt.

Die Radikalen verlangen in erster Linie die Säkularisierung aller Kirchengüter in Ungarn und die Verwerflichung des Unterrichts in allen ungarischen Schulen.

Tisza verteidigt Dreieund. Budapest. — Wie aus Klauenburg berichtet wird, ist in der Hauptstadt Eisenbürgen der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza mit aller Entschiedenheit wieder einmal für den Dreieund eingetreten. Er warf der Opposition vor, daß sie gegen die Allianz Österreich-Ungarns mit Deutschland und Italien für reine Parteizwecke Mißbrauch treibe und dadurch die Sache des Vaterlands schädige.

Albanische Insurgenten geschlagen. Wien. — Albanische Regierungstruppen haben, einer Depesche aus der albanischen Hauptstadt Durazzo zufolge, in der Nähe von Tirana, östlich von Durazzo, eine fünftausend Mann starke Insurgenten-Abteilung völlig aufgerieben und in alle Windrichtungen auseinandergetrieben. Die Aufständigen hatten nach einem der kurzen erfochtenen Siege über die Regierungstruppen mit dem Vormarsch gegen die Hauptstadt gedroht.

Oswald die Insurgenten sich bereit erklärten, den meisten Forderungen der internationalen Kommission hinsichtlich der Sicherstellung der Zukunft Albaniens sich unterwerfen zu wollen, weigern sie sich hartnäckig, Kaiserin Wilhelms zu dies als ihren Herrscher anzuerkennen. Sie verlangen die Einsetzung eines muslimischen Regenten. Die Westmächte sind für den früheren Kriegsminister Effendi Pascha, der als Vertreter entlarvt und nach Italien gebracht wurde.

Kronung verschoben. Tokio, Japan. — Die Kronungsfeier des Kaisers Yoshihito ist für den kommenden November angelegt worden. Ursprünglich hatte die

Neue Hoffnung

Wichtiger Punkt von amer. Delegation gewonnen. — Carranzas Vertretung.

Guertas Nachfolger?

Waffenlieferung für Insurgenten genehmigt. — Guertas Flucht angeblich abgelehnt.

Niagara Falls, Ont. — Durch die persönliche Haltung der mexikanischen Delegation zur Friedenskonferenz gewonnen die Vereinigten Staaten bei den Plänen für die Basisierung Mexiko's einen wichtigen Punkt. Was seit mehreren Tagen eine gefährliche Klippe bildete, ist glücklich umgelegt worden.

In einer vollständigen Konferenz der Vermittler und der Delegaten beider Länder wurde vereinbart, daß die Übertragung der Autorität von der gegenwärtigen auf die neue provisorische Regierung auf andere Weise geschehen solle, als durch die Ernennung seitens General Guertas eines Ministers der Weisheit, der das Amt eines provisorischen Präsidenten übernehmen würde. Die obige Methode ist in der mexikanischen Verfassung vorgesehen, doch wird diese Methode fallen gelassen werden, da die Vereinigten Staaten geltend machten, daß eine Zustimmung zu einem solchen Plane gleichbedeutend mit Anerkennung des Rechtes des Generals Guertas sein würde, konstitutionelle Funktionen auszuüben.

Die Friedenskonferenz in Niagara Falls leitenden drei südamerikanischen Diplomaten kündigten an, sie werden die Vertreter, die General Carranza, der Leiter der mexikanischen Konstitutionalisten, jetzt zur Konferenz entsenden, nicht offiziell anerkennen, solange Carranza sich nicht zum Waffenstillstand mit Guertas entschließt.

Carranzas Antwort eingetroffen

Washington. — General Carranzas Antwort auf die Einladung der Vermittler zur Beteiligung an den Verhandlungen in Niagara Falls, traf bei den Agenten der Konstitutionalisten in Washington ein, die sie sofort nach Niagara Falls weiterleiteten. In derselben lehnt Carranza angeblich die Schließung eines Waffenstillstands mit Guertas ab, und damit ist die Nichtzulassung seiner Delegation zu der Friedenskonferenz schon entschieden.

Mit dem Eintreffen der Repräsentanten der Konstitutionalisten wird ein neuer Stenemwechsel geschaffen. Die Ver. Staaten zweifeln nicht daran, sie für den Plan des Waffenstillstands zu gewinnen.

Guertas Nachfolger.

Niagara Falls. — Die nächste wichtige Frage, die es zu lösen gilt ist die, wer der Nachfolger Guertas werden soll. Diebezügliche Namen wurden noch nicht in Vorschlag gebracht, die Vereinigten Staaten bestreiten aber darauf, daß man in diesem Punkte den Wünschen der Konstitutionalisten in weitgehender Weise entgegenkommen müsse, damit jene für den Vorschlag zu gewinnen seien. Die Waffen während der Dauer der Konferenz ruhen zu lassen.

Waffenlieferung

Lampico, Mex. — Der vielbesprochene, der Ward-Linie gehörende Dampfer "Antilla", der trotz des Verbots der amerikanischen Bundesregierung kürzlich noch mit einer Ladung Munition für die mexikanischen Insurgenten von New York abfahren konnte, lief im Hafen von Tampico ein und wurde an den städtischen Docks festgemacht.

Nicht Guertas abgelehnt.

Washington. — Rebellen bedrohen die Bahnerbindung zwischen Mexico City und Vera Cruz, wie General Huerta nach Washington berichtete. Agenten der Konstitutionalisten versichern, daß es ihnen in erster Linie darum zu tun sei, Huerta und keinem Kabinett den Rückzug abzuschneiden, falls dieser und seine Mitarbeiter die Abreise haben sollten, aus der Hauptstadt zu fliehen. Es heißt, daß es den Rebellen sogar gelungen sei, die Verbindung zwischen Mexico und Puerto Mexico abzuschneiden.

Ital. Krawalle

Generalstreik in Italien gewinnt zusehends an Boden. — Kleine Zeitungen in den Städten.

Erste Unruhen

Militär und Streiker stoßen in verschiedenen Städten zusammen. — Viele Verletzte.

Rom. — Der Generalstreik, der als Protest gegen die von der Regierung zur Unterdrückung des Anarchistenstreiks in Ancona getroffenen Maßnahmen von die raus erklärte wurde, dehnt sich immer weiter aus und gewinnt an Boden. Der Groll der Arbeiter hat durch die Erschießung eines weiteren Streikers in Florenz neue Nahrung erhalten.

Die Regierung beobachtet die Bewegung ängstlich, da sie sie nicht nur von den Sozialisten unterstützt glaubt, sondern auch von den Radikalen, die das Salandra-Ministerium zu Fall bringen möchte. Der Premier wurde in der Kammer wegen seines Verbots antimilitärischer Versammlungen scharf kritisiert. In seiner Erwiderung sagte er, nur in Ancona sei es zu Krawallen gekommen und niemand bedauere mehr wie er den Verfall von Werkschleibern. Er kündigt an, daß gegen die Anarchisten, welche die verhängnisvollen Schüsse abgaben, gerichtliche vorgegangen werden würde, bemerkt aber, daß die Polizei den amtlichen Berichten zufolge erst geschossen habe, nachdem die von den Streikern umzingelt und durch Steinwürfe getroffen worden war.

In Rom unternahm tausend Streiker, nach dem Ultimatum zu marschieren. Dabei gerieten sie mit der Polizei und dem Militär hart aneinander. Neun Soldaten mußten in die Luft abgeworfen werden, ehe der Mob auseinander ging. Eine große Zahl von Streikern und Soldaten wurde verletzt. Die Streiker schlossen sich noch einmal zusammen, ehe es gelang, sie zu zerstreuen. In den Städten, wo der Generalstreik bereits in Kraft ist, erschienen keine Zeitungen.

Mehrere blutige Krawalle

Rom. — Trotzdem die Leiter des am Montag erklärten Generalstreiks der Arbeiter in ganz Italien den Ausstand am Mittwochabend abgefaßt hatten, kam es am Donnerstag doch noch in verschiedenen Städten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikern und Polizeimannschaften, bsp. Militär.

Anlässlich eines Krawalls in Bari wurden elf Streiker verundet; in Neapel wurde einer erschossen, drei lebensgefährlich und hiezbeweniger schwer verundet, als ein Mob die Kaserne angriff; die Truppen antworteten auf den Angriff mit mehreren Schüssen, worauf die Menge sich wieder zerstreute.

Lebhafte Debatte

In der Abgeordnetenkammer führte der Streik zu einer sehr lebhaften Debatte, die mit einer Rede des Ministerpräsidenten Salandra zum Abschluß kam, der erklärte, die Regierung sei entschlossen, dem Volke alle seine verfassungsmäßigen Rechte zu garantieren, auf der anderen Seite aber auch um jeden Preis die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ein von den extremen Sozialisten beantragtes Mißtrauensvotum, in dem die Regierung für die Aufhebungen und die Vanbesetzung zum Anschlag an Menschenleben verurteilt wurde, wurde mit 254 gegen 112 Stimmen durch.

Zu ersten Ausschreitungen kam es auch in den bereits genannten Städten in Bologna, wo Streiker den Bahnhof besetzten, diesen sowie das Telegraphenamt demolierten und eine Reihe Eisenbahnwagen in Brand steckten, ehe sie unter Jubelrufen von Artillerie ausinandergelassen wurden. Aufständische wurden ferner aus Bologna, Ravenna und Forlimerode, wo die freilebenden Arbeiter große Anstrengungen machen, die Vanbesetzung zum Anschlag an ihre Demonstrationen herbeizuziehen.

S. Baloss' Automobil zertrümmert

Rom. — In Mailand und Neapel sind die Nacht-Epizyden wegen fehlender Bedienungsmannschaft liegen geblieben. Hier sind ernstliche Unruhen vorgekommen. Streiker legten Hand an das Automobil des

Balkankrise

Griechenland nahe daran, der Türkei den Krieg zu erklären.

Energetische Warnung

Die Verfolgung griechischer Unterthanen in der Türkei hat die Stimmung auf das Aeußerste gereizt.

Athen. — In einer Rede im Abgeordnetenhaus in Athen sprach am Freitag Ministerpräsident Benizelos über die Behandlung griechischer Staatsangehöriger in der Türkei in sehr scharfen Worten, die einer Kriegserklärung bedenklich nahe kamen. Außerdem hat die griechische Regierung eine sehr energisch gehaltene Note an die Türkei gerichtet, von der sie die sofortige Einstellung der Verfolgung der Griechen in der Türkei sowie Ersatz für den durch diese Verfolgung entstandenen finanziellen Schaden verlangt. Die öffentliche Meinung in Griechenland ist über das Vorgehen der Türkei aufs Höchste aufgebracht und verlangt energisches Vorgehen der Regierung.

Aus der energischen Stellungnahme des Ministerpräsidenten geht hervor, daß die Spannung zwischen Griechenland und der Türkei in ein sehr kritisches Stadium eingetreten und die Gefahr eines neuen Krieges auf der Balkanhalbinsel sehr weit vorgeschritten ist. In der Kammer wurde die Rede des Minister mit großem Beifall aufgenommen; mehrere tausend Griechen aus der Türkei haben sich in den letzten Wochen und Monaten bereits auf der Heimat geflüchtet, und andere Tausende warten nur auf Transportgelegenheit.

Die Großmächte benachrichtigt

London. — Die Erdunge Telegraph Co. in London veröffentlicht am Freitag Depeschen aus Athen, die melden, daß die griechische Regierung den diplomatischen Vertretern der europäischen Großmächte mitgeteilt habe, sie sei zwar ernstlich bedröht, den Frieden zu wahren, könne jedoch nicht länger untätig der Unterdrückung ihrer Staatsangehörigen in Thrakien und anderen Teilen der Türkei zu sehen.

hier wohnhaften früheren deutscher Reichsbeamter Fürsten Bernhard von Bülow und zertrümmerten den Wagen teilweise. In der Via Alessandria, nahe dem Colosseum, wurde eine Barrikade aufgeworfen. Truppen gingen zum Angriff vor und vertreiben die Streiker aus der Barrikade.

In Turin fand ein blutiger Kampf zwischen Truppen und Teilnehmern an dem Massenstreik statt. Ein Mann wurde getötet, zwei andere trugen lebensgefährliche Verletzungen davon; viele andere Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Polizei überfallen

Mailand. — Der Generalstreik führte hier zu schweren Unruhen. Nach Schluß einer Massensammlung, die von 5000 Personen besucht war, überfielen Schaaren von Streikern und ihrer Gehilfen die Polizei und trieb sie vom Platze. Eine Schwadron Kavallerie hieb auf die Streikführer ein und jagte sie nach heftigem Kampfe in die Flucht. Später rotteten sich die Streiker wieder zusammen und zwangen eine Abteilung Gendarme zum Rückzug. In Bologna, beladen mit Rannen Gasolin, wurden in Brand gesetzt, eine furchtbare Explosion erfolgte und allgemeine Schrecken herrschte. Aus machte die Polizei, die Verhaftungen herangezogen hatte, von ihren Revolvern Gebrauch. Eine große Anzahl Personen wurde verundet und mehr als hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zum Besuch in Gmunden.

Wien. — Von der Stadtbefreiung jubelnd empfangen, ist die braunschweigische Herzogs-Familie Herzog Ernst August mit seiner Gemahlin Viktoria Luise und seinem Sprößling, in Gmunden, der Residenz des Herzogs von Cumberland, zum Besuch der Eltern und Schwieger des jungen Herzogs eingetroffen. Der Ort prangte im prächtigsten Fliegenschmuck und ganz Gmunden bildete in den Straßen Spalier, als das junge Herzogs-paar den Ort auf der Fahrt nach dem Gmünder Schloß passierte.

Letzte Depeschen

Schluß des Parlaments. Ottawa, Ont. — Die Sitzungsperiode des canadischen Parlaments wurde am Freitag Abend in Ottawa vom Generalgouverneur Herzog von Connaught geschlossen.

Großherzog v. Mecklenburg - Streiklich gestorben.

Berlin. — Großherzog Adolph Friedrich von Mecklenburg - Streiklich ist am Donnerstag gestorben, nachdem er bereits seit längerer Zeit an einer Entzündung der Venen hoffnungslos erkrankt war.

Großherzog Adolph Friedrich wurde am 22. Juli 1848 als Sohn des Großherzogs Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Augusta, Tochter des verstorbenen Herzogs Adolph von Conbrige geboren. Zur Regierung kam er im Jahre 1904.

„Jepelin“ vom Stapel.

Bremen. — Der neueste Zuwachs der Flotte des Norddeutschen Lloyd wurde seinem Element übergeben. Von der Schiffswerft der Vulkanwerke in benachbarten Vegesack lief der Dampfer „Jepelin“ vom Stapel. Der Verleger der Liste nahm selbst die Taufe des Oceanriegers vor, der vom Herbst an den Namen des Grafen Jepselin über die Meere tragen wird. Der Graf hielt eine marthige Laudrede und gab dem stolzen Schiff, als es von den Hülligen ins Wasser hinabglitt, seinen Namen, indem er die berühmteste klassische Schaumwein am Bug verschellen ließ. Der Stapelauf ging glatt von statten.

Thronfolger lehnt Protektorat ab.

Wien. — Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand hat das Protektorat des Österreich-Ungarischen Kaiserthums, eine Frage zur Unterstützung hilfbedürftiger Anwohner, niedergelegt. Als Grund dieses Schrittes, welcher überaus peinliches Aufsehen macht, wird angegeben, es seien bei der Abrechnung über die Einnahmen von Zehntnissen, die zum Nutzen des Fonds abgehalten worden waren, Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Prinzessin Mirko will sich scheiden lassen.

Rizza, Italien. — Die Prinzessin Mirko von Montenegro will sich von ihrem Gatten, dem Sohne des Königs von Montenegro, scheiden lassen. Sie behauptet, ihr Gemahl sei erkrankt, was durch den üblichen Ruf, den er in der letzten Saison an der Riviera sich erworben habe, bewiesen werden könne. Die Ehebanden des Prinzen Mirko wurden kürzlich in einem Familienrat diskutiert, an dem die Königin von Italien und Mirko selbst zugewesen waren.

Neuer Bandanakt.

Birmingham, Eng. — Eine Kampffuffragette, die mit einem Fleischerbrot bewaffnet war, verlor das Portrait eines Anaben von George Romney in der hiesigen Kunstgalerie.

Bei Zaren's König.

München. — Der Herzog Ernst August von Braunschweig und seine Gemahlin, die Prinzessin Viktoria Luise, die einzige Tochter des deutschen Kaiserpaars, sind hier zu ihrem Antrittsbesuch von Gmunden eingetroffen. König Ludwig der Dritte und der ganze Hofstaat empfing die beiden Gäste am Bahnhof. Der Empfang war ein überaus herzlicher. Unter dem Jubel der Bevölkerung, welche entlang der Straßen Spalier bildete, führen die Herrschaften sodann nach dem Königspalast.

Brandstiftung mißglückt.

London. — Einen mißglückten Versuch machten die Kampffuffragetten, die alte St. Margaret's-Kirche in Chishead, etwa 14 Meilen nördlich von hier, niederzubrennen. An drei verschiedenen Stellen wurde die Kirche durch Feuerentzündungen, die aus mit Öl getränkten Füllhaken hergestellt waren, von der Brandstifterschaft angezündet.

Der Rektor der Kirche, Pfarrer William H. Stone, und die Dorfbewohner waren bald zur Stelle und löschten die Flammen, ehe sie ernstlichen Schaden angerichtet hatten. Die Kirche stammt aus dem 12. Jahrhundert.